



Sachvortragende/r	Amt / Geschäftszeichen
Stadtrechtsrat Knut Engelbrecht	Referat für Recht, Soziales und Umwelt

Sachbearbeiter/in: Knut Engelbrecht

Sachstand zum 365-Euro-Ticket und Haltung der Stadt Schwabach

Anlagen:

1. Antrag LINKE
2. Beschlusstext Stadtrat Nürnberg

Beratungsfolge	Termin	Status	Beschlussart
Hauptausschuss	21.07.2020	nicht öffentlich	Beschlussvorschlag
Stadtrat	24.07.2020	öffentlich	Beschluss

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Schwabach befürwortet grundsätzlich die Einführung eines 365-Euro-Tickets im VGN. Der konkrete Geltungsbereich ist noch zu überprüfen.
2. Voraussetzung für die Einführung ist eine Beteiligung des Freistaats Bayern an den Kosten dieser Maßnahme. Diese sollte sich an dem bereits eingeführten Jugendticket orientieren.
3. Dem Verzicht auf eine Preiserhöhung für das Jahr 2021 wird im Hinblick auf die teilweise Gegenfinanzierung durch die befristete Absenkung des Mehrwertsteuersatzes zugestimmt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten der Einführung eines Sozial-Tickets zu prüfen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja	x	Nein
Kosten lt. Beschlussvorschlag			
Gesamtkosten der Maßnahme davon für die Stadt			
Haushaltsmittel vorhanden?			
Folgekosten?	Je nach Art und Umfang der Umsetzung der Maßnahmen		

Klimaschutz	
I. Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:	II. Wenn ja, negativ: Bestehen alternative Handlungsoptionen?
x Ja, positiv*	Ja*
Ja, negativ*	Nein*
Nein	

*Erläuterungen dazu sind im Sachvortrag aufzuführen.

I. Zusammenfassung

Die Stadt Nürnberg hat die Einführung eines 365-Euro-Tickets für jedermann ab dem Jahr 2023 sowie einen Preisstopp für den ÖPNV bis zu diesem Zeitpunkt beschlossen. Sie fordert die umliegenden Städte und Landkreise auf, sich diesem Beispiel anzuschließen. Der Stadt Schwabach würden hierfür erhebliche Kosten und Einnahmeausfälle entstehen. Diese wären nur bei einer entsprechenden Beteiligung des Freistaates Bayern tragbar.

II. Sachvortrag

I. Beschluss des Hauptausschusses vom 18.02.2020

In seiner Sitzung am 18.02.2020 hat der Hauptausschuss endgültig der Einführung eines 365-Euro-Tickets für Kinder und Jugendliche sowie einem 9-Uhr-Jahresabo zugestimmt. Durch die Einführung des ersten entstehen der Stadt Schwabach Kosten in Höhe von rund 120 TEUR, die aber zu 2/3 vom Freistaat Bayern übernommen werden. Zusätzlich ermöglicht das neue 9-Uhr-Jahresabo ab dem 01.08.2020 die Nutzung des gesamten Schwabacher Stadtverkehrs für 0,70 EUR/Tag. Hier werden die entstehenden Mindereinnahmen zur Hälfte vom Freistaat übernommen. Auf die Einführung des 365-Euro-Ticket für alle Nutzer wurde aufgrund der damit verbundenen Kosten vorerst verzichtet.

II. Vorgehen der Oberbürgermeister und Landräte

Mit Schreiben vom 29.05.2020 haben sich die Oberbürgermeister der Städte Schwabach, Nürnberg, Fürth und Erlangen sowie die Landräte der Landkreise Erlangen-Höchstadt, Fürth, Nürnberger Land und Roth an den Ministerpräsidenten gewandt. Dort wurde geschildert, dass derzeit aufgrund verschiedener Bürgerbegehren bzw. in Entstehung befindlicher Bürgerbegehren Individualbeschlüsse zur Einführung eines allgemeinen 365-Euro-Tickets herbeigeführt werden könnten. Aufgrund der Beschränkung auf die jeweiligen Gebiete der Gebietskörperschaften wäre die Erhöhung der Nutzerzahlen überschaubar, die sich daraus ergebenden Effekte aber weitgehend negativ zu bewerten. Vor diesem Hintergrund wurde vereinbart gemeinsam erste Schritte auf dem Weg zu einer Realisierung eines 365-Euro-Tickets zu gehen. Als entscheidendes Kriterium wird dabei die Finanzierung bzw. Mitfinanzierung durch den Freistaat angesehen.

Eine zeitnahe Umsetzung des 365€-Tickets verbundweit im Verkehrsverbund Großraum Nürnberg, wie durch den Freistaat Bayern bis zum Jahr 2030 avisiert, würde nach ersten Schätzungen des VGN mindestens 100 Mio. Euro, pro Jahr kosten. Der Freistaat hat daher bisher auf eine Umsetzung verzichtet. Die Einführung nur innerhalb des Stadtgebietes von Nürnberg wird die Stadt Nürnberg zwischen 20 Mio. und 35 Mio. Euro/Jahr kosten. Dieser entsteht durch den Ausgleich von Mindereinnahmen bei der VAG, aber auch bei anderen Verbundpartnern. Etwaige Preisaussetzungen wurden hierbei nicht berücksichtigt. Für die Stadt Schwabach würden durch die Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets anteilige Kosten in Höhen von 600 bis 800 TEUR/Jahr abzüglich einer eventuellen staatlichen Förderung entstehen. Die genannten Werte verstehen sich vorbehaltlich einer Einigung der Aufgabenträger über die Kostenteilung.

Deshalb haben sich die Oberbürgermeister und Landräte als Vertreter der vier Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach und der vier Landkreise Erlangen-Höchstadt, Fürth, Nürnberger Land und Roth verständigt, eine Einführung als Modellprojekt in diesem Gebietsumgriff anzustreben, um ein attraktives Angebot für die Nutzerinnen und Nutzer zu erreichen. Unsere Region bildet den größten Teil der Pendlerbeziehungen im Verkehrsverbund Großraum Nürnberg ab. Die Mindereinnahmen durch die Einführung des 365€Tickets in diesem Gebiet würden sich nach erster, noch nicht vom VGN bestätigter, grober Schätzung auf mindestens 62 Mio. € belaufen, die entsprechend durch die Partner je nach Verkehrsanteil ausgeglichen werden müssen. Die Stadt Nürnberg würde dabei den größten Anteil tragen müssen. Auf die Stadt Schwabach würde in diesem Fall nach Angaben des VGN ein Betrag zwischen 500 und 700 TEUR/Jahr (vorbehaltlich Kostenteilung) entfallen, abzüglich einer eventuellen staatlichen Förderung.

In einer ersten Rückmeldung hat das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr erklärt, dass es derzeit keine Möglichkeit sieht, das Projekt der Städteachse zu unterstützen, da der Freistaat sich zum derzeitigen Zeitpunkt nicht in der Lage sieht, dies finanziell zu tragen.

III. Antrag LINKE

Herr Stadtrat Jonas Wagner (Die LINKE) hat am 23.06.2020 beantragt, sich dem Nürnberger Modell für das 365-Euro-Ticket anzuschließen. Im Einzelnen wurde beantragt:

1. Die Stadt Schwabach soll sich nach Möglichkeit dem Nürnberger 365-Euro-Ticket für alle anschließen.
2. In Anlehnung an das Nürnberger-Modell soll ein vergünstigtes Sozialticket eingeführt werden.
3. Bis zur Einführung eines 365-Euro-Tickets sollen alle Preiserhöhungen im ÖPNV ausgesetzt werden.

Begründet wurde der Antrag unter anderem mit der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und der damit einhergehenden Umlenkung des motorisierten Individualverkehrs auf den ÖPNV, der zur allgemeinen Verkehrsentslastung dienlich sei. Um den Effekt der Mehrnutzung des ÖPNV nicht zu behindern solle bis zur Einführung des 365-Euro-Tickets die jährliche Preiserhöhung für das Jahr 2021 ausgesetzt werden. Ein Sozialticket solle die Teilhabe am öffentlichen Leben für Bedürftige erleichtern.

IV. Beschlusslage der Stadt Nürnberg

Die Stadt Nürnberg sieht in der Einführung eines 365,- Euro – Tickets im Stadtgebiet von Nürnberg einen sinnvollen Nutzen. Entscheidend sei aber auch, mit diesem Preisanreiz einen Mehrwert für die zahlreichen Pendlerbeziehungen zu schaffen und damit einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende zu leisten. Die Stadt Nürnberg sieht deshalb das Erfordernis, ein solches Ticket über das Stadtgebiet Nürnberg hinaus in einem größeren regionalen Umgriff, mindestens aber im Geltungsbereich der Tarifstufe A (Nürnberg/Fürth sowie Teile des Landkreises Fürth (Oberasbach, Stein, Zirndorf)) einzuführen.

Die Stadt Nürnberg hat deshalb am 17.06.2020 beschlossen:

1. Ab 01.01.2021 wird für Inhaberinnen und Inhaber des „Nürnberg-Pass“ ein Monatsticket ohne Ausschlusszeit für 15 Euro / Monat in der Tarifstufe A angeboten.
2. Die Stadt Nürnberg verzichtet im Bereich der Tarifstufe A in den Jahren 2020, 2021 und 2022 auf eine tarifliche Anpassung im ÖPNV; hierzu ist die Mitwirkung der Partner in der TS A (Stadt Fürth, Landkreis Fürth) wünschenswert.
3. Die Stadt Nürnberg fordert die Aufgabenträger im VGN auf, sich ebenfalls diesem Verzicht anzuschließen, verhindert aber im Bedarfsfall keine erforderlichen Gremienbeschlüsse für Bereiche außerhalb von Nürnberg.
4. Es wird spätestens zum 01.01.2023 ein 365,- Euro- Jahresticket im Stadtgebiet Nürnberg eingeführt. Das Ziel ist dabei, bis zu diesem Zeitpunkt die Städteachse Nürnberg / Erlangen / Fürth / Schwabach ebenfalls für eine Einführung mit zu gewinnen. Gleichzeitig soll das ab August 2020 eingeführte verbundweit geltende 365-Euro-Jahresticket für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende zusätzlich auch in einer Monatsvariante angeboten werden. Dazu werden unverzüglich weitere Gespräche mit dem Freistaat sowie den benachbarten Kommunen geführt.
5. Der Bund und der Freistaat Bayern werden aufgefordert, sich an der Finanzierung angemessen zu beteiligen.

Diese Beschlüsse der Stadt Nürnberg binden die Stadt Schwabach zunächst nicht. Es zeichnet sich bereits jetzt aber ab, dass die VAG allgemein Preiserhöhungen im Verbundgebiet blockieren wird. Aufgrund des in der VGN-Gesellschafterversammlung bestehenden Einstimmigkeitsprinzips besteht diese Möglichkeit.

V. Einführung eines 365-Euro-Tickets

- a) Die Einführung eines 365-Euro Tickets wäre grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings ist sie je nach Geltungsbereich eines solchen Angebotes mit erheblichen Kosten für die Stadt, aber auch mit merklichen verkehrlichen Auswirkungen (vgl. VII.) verbunden.
- b) Ein auf die jeweilige Tarifzone begrenztes 365-Euro-Ticket wäre für die Stadt Schwabach relativ günstig. Für die Tarifzone D, in der die Stadt Schwabach liegt, wäre dies mit Kosten in Höhe von rd. 20 TEUR/Jahr verbunden. Allerdings gibt es mit dem 9-Uhr-Abo bereits ein kostenmäßig vergleichbares Angebot (1 EUR zu 0,70 EUR). Sollte allerdings die Stadt Nürnberg auch ein allein für ihre Zone A gültiges Angebot schaffen, hätte dies erhebliche Auswirkungen auf das Verkehrsgeschehen in Schwabach, da zu erwarten ist, dass sehr viele Pendler dann versuchen, ihren Arbeitsweg von Nürnberger Gebiet aus zu beginnen, um Kosten zu sparen. Hierdurch könnte ein erheblicher zusätzlicher Individualverkehr (Durchgangsverkehr) innerhalb der Stadt Schwabach entstehen.
- c) Aus diesen Gründen ist aus verkehrlicher Sicht zumindest eine Einbeziehung der Städte der Städteteachse sowie der umliegenden Landkreise deutlich vorzuziehen. Dieses Angebot wäre allerdings mit erheblichen Mehrkosten für die Stadt Schwabach verbunden, da sie nicht nur ihre eigenen Einnahmeverluste, sondern auch insbesondere die der DB Regio AG und der VAG durch das Ausbleiben der Einnahmen durch Schwabacher Pendler entstehenden Verluste ausgleichen müsste. Der VGN beziffert diese Kosten auf 500 bis 700 TEUR/Jahr.
- d) Da auch mit dieser Lösung erhebliche Ungerechtigkeiten in den Randbereichen des neuen Angebotes verbunden wären, wäre eine verbundweite Ausdehnung des Tickets – analog dem Jugendticket – vorzuziehen. Hierdurch würde der größte Teil des Pendlerverkehrs berücksichtigt. Zusätzlich würde das Tarifsystem des VGN nicht noch weiter verkompliziert. Hierdurch würden der Stadt Schwabach allerdings Kosten in Höhe von ca. 600 bis 800 TEUR/Jahr entstehen.

VI. Aussetzung der Preiserhöhung

Bereits in diesem Jahr hat der VGN im Rahmen des sog. Innovationspaketes auf eine Erhöhung der Fahrpreis im Verbundgebiet verzichtet. Möglich war dies durch eine hälftige Beteiligung des Freistaates Bayern an den hierdurch entstehenden Einnahmeausfällen. Auch für 2021 ist eine Aussetzung der Fahrpreiserhöhung geplant. Diese soll sich teilweise aus der für das 2. Halbjahr 2020 geltenden Mehrwertsteuerreduzierung refinanzieren. Für die Stadt Schwabach wäre ein Verzicht auf eine Fahrpreiserhöhung auch in 2021 mit fehlenden Einnahmen von ca. 20 TEUR verbunden. Dies insbesondere aufgrund der niedrigen Beteiligung der Stadtverkehrsgesellschaft an den Gesamtfahrpreiseinnahmen für Pendler. Der Einnahmefall entsteht hierbei nicht unmittelbar bei der Stadt, sondern bei der GmbH, deren Defizit sich aufgrund der gleichzeitig steigenden Kosten entsprechend vergrößern wird. Im Rahmen des Querverbundes reduziert dies wiederum den Gewinn der Städtischen Werke.

Die Aussetzung von Fahrpreiserhöhungen wird dann problematisch, wenn sie sich über mehrere Jahre kumulieren. So betragen die Einnahmeausfälle der Jahre 2020 und 2021 schon 40 TEUR. Sollte dann auch weiter auf Fahrpreiserhöhungen verzichtet werden, so erhöht sich dieser Einnahmefall auf unbegrenzte Zeit jährlich um den gleichen Betrag. Gleichzeitig steigen aber die Kosten des Stadtverkehrs entsprechend, so dass sich im Ergebnis auch das Defizit weiter ausweitet. Insbesondere beim 365-Euro-Ticket erscheint eine Preiserhöhung in Zukunft nur noch schwer vorstellbar.

VII. Ausweitung des Angebotes

Geht man davon aus, dass die Verbilligung bzw. der Nicht-Anstieg der Fahrpreise tatsächlich zu einer Steigerung der Nachfrage führt, dann wird insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten eine Ausweitung des Angebotes auch im Schwabacher Stadtverkehr unumgänglich sein, da schon derzeit die Busse in dieser Zeit voll ausgelastet sind. Auch um die Attraktivität des ÖPNV in Schwabach weiter zu steigern, wäre auch außerhalb dieser Hauptlastzeiten eine Ausweitung des Angebotes, insbesondere eine bessere Taktung des

Busverkehrs, sinnvoll und notwendig. Dies wäre allerdings ebenfalls mit nicht unerheblichen Kosten verbunden. Ob hierfür – bei der geplanten Reduzierung der Fahrpreise – noch finanzieller Spielraum besteht, bleibt abzuwarten. Zumindest würde dies zu einer weiteren Ausweitung des Defizits der Stadtverkehr Schwabach GmbH führen.

VIII. Sozialticket

Unter bestimmten Voraussetzungen können BürgerInnen beim Sozialamt der Stadt Nürnberg einen Nürnberg-Pass beantragen. Dieser berechtigt dazu, auch den Nahverkehr im Stadtgebiet Nürnberg-Fürth-Stein (Preisstufe A) zu einem ermäßigten Preis zu nutzen. Dieses kostet 32,40 EUR und entspricht von den Nutzungsvoraussetzungen einem 9-Uhr-Abo.

Mit dem Schwabach-Pass gibt es ein vergleichbares Instrument, dass BezieherInnen von Sozialleistungen bereits derzeit gewisse Vorteile bei Veranstaltungen etc. gewährt. Denkbar wäre es, diesem Personenkreis das 9-Uhr-Abo verbilligt zu gewähren. Allerdings ist hier noch eine seriöse Ermittlung der Kosten durchzuführen. Anzumerken bleibt allerdings, dass sich die Vorteile eines solchen auf das Schwabacher Stadtgebiet beschränkten Angebotes sehr in Grenzen halten.

IX. Zusammenfassung

Für die Einführung eines 365-Euro-Tickets würden der Stadt Schwabach – je nach Umfang – Kosten zwischen 500 und 800 TEUR/Jahr entstehen. Würde bis zur Einführung dieses Angebotes weiterhin auf Preiserhöhungen verzichtet, würden sich die hierdurch bedingten Einnahmeausfälle von derzeit rund 20 TEUR/Jahr auf rund 80 TEUR/Jahr ab dem Jahr 2023 summieren. Hinzu kämen ggf. Kosten für ein Sozialticket sowie für aufgrund eines erhöhten Fahrgastaufkommens notwendige Ausweitungen des ÖPNV-Angebotes in Schwabach. Hinzu kämen noch weitere Kosten für nicht zwingende, aber sinnvolle Ausweitungen des Angebotes.

Aus Sicht der Verwaltung ist eine derartige Senkung der Fahrpreise – ggf. bei gleichzeitiger Ausweitung des Angebotes – aus Sicht der Förderung des ÖPNV im Interesse des Klimaschutzes und der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs sinnvoll und wünschenswert. Allerdings würde sie derzeit sowohl ohne einen entsprechenden finanziellen Ausgleich sowohl die Leistungsfähigkeit der Städtische Werke GmbH, wie auch der Stadt Schwabach übersteigen. Die Umsetzung des von der Stadt Nürnberg angekündigten Paktes setzt daher aus unserer Sicht zwingend eine entsprechende Kostenbeteiligung des Freistaates Bayern voraus. Nach derzeitigem Stand besteht aber dort zum heutigen Zeitpunkt wohl keine Bereitschaft, einen solchen Ausgleich zu gewähren.

III. Kosten

Durch den Beschluss selbst entstehen zunächst keine Kosten. In der Folge können sich aber, je nach Art und Umfang der Umsetzung der Maßnahmen erhebliche Folgekosten ergeben.

IV. Klimaschutz

Positive Auswirkungen, soweit das neue Angebot zu einem Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV führt.